

29. Oktober 2013

ÖKUMENISCHE INFORMATION

44

Nachrichten und Hintergründe
aus der Christlichen Ökumene
und dem Dialog der Religionen

Brisantes Thema Einheit

Die 10. Vollversammlung des ÖRK tagt in Südkorea

Seite 3

Von Mythen und Niederungen

Zur Kulturgeschichte des evangelischen Pfarrhauses

Seite 7

Entgleisungen und Toleranz

EKD diskutiert über die Schatten der Reformation

Seite 9

Der „Fall“ des Marienbaums

Christen zwischen Muslimterror und Staatsraison

Seite 11

Blockierter Beirat

Endloses Tauziehen am Islam-Zentrum in Münster

Seite 14

Dokumentation

Keine neuen Quellenbefunde

Der „Thesenanschlag“ – viel Lärm um nichts?

Von Volker Leppin



Herausgeber KNA Katholische Nachrichten-Agentur GmbH (in Verbindung mit dem Johann-Adam-Möhler-Institut, Paderborn). PF 18 40, 53008 Bonn, Internet: www.kna.de. Tel.: 0228 / 26000-0, Fax: 0228 / 26000-196. Chefredakteur Ludwig Ring-Eifel. Chef vom Dienst/Stv. Chefredakteur Thomas Winkel. Geschäftsführer Theo Münch-Tegeeder. Redaktion Norbert Zonker, Neustädtische Kirchstr. 6, 10117 Berlin. Tel.: 030 / 283059-0, Fax: 030 / 283059-539, E-Mail: redoeki@kna.de. Bezugspreis pro Ausgabe: Euro 6,90 zzgl. Versandkosten und MwSt. © 2013 KNA. Alle Rechte vorbehalten. Wiedergabe des Inhalts – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der KNA. Veröffentlichung im Internet nur mit schriftlicher Genehmigung der KNA. Die Weitergabe dieser Datei in jeglicher Form gilt als Verstoß gegen das Urheberrecht und wird entsprechend geahndet.

Generalsynode der Anglikaner berät wieder über Bischöfinnen

London In der anglikanischen Kirche von England liegt ein neuer Entwurf für die Zulassung von Frauen zum Bischofsamt vor. Ein zentraler Punkt in dem von Primas-Erzbischof Justin Welby von Canterbury und Erzbischof John Sentamu von York für die anstehende Generalsynode der Church of England ausgearbeiteten Vorschlag ist die Einrichtung einer „unabhängigen Instanz“, die in den Fällen entscheiden soll, in denen Gemeinden weibliche Bischöfe ablehnen und sich in ihrer Position nicht ausreichend geschützt sehen. Die Generalsynode der anglikanischen Staatskirche tritt vom 18. bis 20. November zusammen. Das Thema Bischofsweihe für Frauen soll am letzten Tag behandelt werden. Eine Entscheidung für die Ordination von Bischöfinnen benötigt die Zweidrittel-Mehrheit in allen drei Abteilungen – Bischöfe, Klerus und Laien – der Synode. Die Zusammensetzung der Laien-Kammer, in der die Frage im Vorjahr gescheitert war, hat sich seither nicht verändert. Frauen stellen heute rund ein Drittel des Klerus‘ der Kirche von England. ●

Papst übergibt Ratzinger-Preis

Vatikanstadt Christian Schaller (45), Regensburger Dogmatiker, und Richard A. Burrige (58), anglikanischer britischer Bibelwissenschaftler, haben im Vatikan den diesjährigen Ratzinger-Preis erhalten. Papst Franziskus überreichte die von der „Vatikanstiftung Joseph Ratzinger – Benedikt XVI.“ ausgelobte Ehrung, die mit 50.000 Euro dotiert ist. Sie wird seit 2011 jährlich für herausragende theologische Leistungen vergeben und gilt auch als „Nobelpreis für Theologie“. Schaller ist Vizedirektor des Instituts Benedikt XVI. in Regensburg. Bis 2012 war er theologischer Referent des damaligen Regensburger Bischofs und jetzigen Präfekten der Glaubenskongregation, Erzbischof Gerhard Ludwig Müller. Der Dogmatiker bekomme die Auszeichnung zum einen wegen seiner theologischen Arbeiten, aber auch als Anerkennung für seine Verdienste um die noch unvollendete Gesamtaus-

gabe der Werke von Joseph Ratzinger/Benedikt XVI., hieß es zur Begründung. Burrige, Dekan des anglikanischen Londoner King’s College, erhält als erster Nichtkatholik die Auszeichnung. Der Neutestamentler habe mit seinen historischen und theologischen Studien zur Auferstehung Jesu weit über den englischen Sprachraum hinaus einen großen Beitrag zur Bibelexegese geleistet, so die Begründung. Damit bewege er sich „im Herzen der Theologie des emeritierten Papstes“. ●

Hamburg bekommt russisch-orthodoxen Friedhof

Hamburg Die russisch-orthodoxe Kirche wird in Hamburg im kommenden Jahr einen Friedhof eröffnen. Das Grundstück im Stadtteil Altona bietet laut Kirchenangaben Platz für 700 Gräber. Erzpriester Sergij Baburin segnete am 22. Oktober das Fundament für die Friedhofkapelle. Geplant ist eine kleine traditionelle Holzkirche. In der Region Hamburg gibt es bisher keinen russisch-orthodoxen Friedhof. In Berlin-Tegel gründeten russische Emigranten hingegen schon 1893 einen Friedhof. Die Zahl der russisch-orthodoxen Christen in Deutschland ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Laut Schätzungen gibt es rund 300.000 Gläubige. Zuletzt war vor einem Jahr in Schwerin eine neue Holzkirche geweiht worden. In Bremen und anderen Städten werden derzeit Kirchen gebaut oder geplant. ●

Ausstellung zum heiligen Nikolaus

Recklinghausen Eine Sonderausstellung zum heiligen Nikolaus von Myra zeigt das Ikonen-Museum Recklinghausen. Sie präsentiert nach Museumsangaben 114 Darstellungen des Bischofs aus dem eigenen Bestand. Darunter befinden sich griechische und russische Ikonen aus dem 15. bis 19. Jahrhundert, Buchmalereien und ein byzantinisches Relief. Die Schau „Nikolaus. Ein Heiliger für alle Fälle“ läuft bis zum 23. Februar 2014. ●

Brisantes Thema Einheit

Die 10. Vollversammlung des ÖRK tagt in Busan/Südkorea

Von Hans-Georg Link

„Gott, des Lebens, weise uns den Weg zu Gerechtigkeit und Frieden“: Es ist wieder ein Gebet, wie schon vor sieben Jahren im brasilianischen Porto Alegre, das als Gesamtüberschrift für die 10. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) gewählt worden ist. Angesichts der Zerbrechlichkeit unserer Welt sind es nicht mehr die Bekenntnisse – Jesus Christus die Hoffnung, das Licht, das Leben –, auch nicht mehr die Imperative wie „Kehrt um zu Gott“, sondern die Hinwendung im Gebet zum Schöpfer allen Lebens, von der sich die ökumenische Christenheit im Jahr 2013 am meisten Hilfe und Orientierung erwartet. Die positiven Hauptworte des Gebetsrufes: Leben, Gerechtigkeit und Frieden verweisen auf Akzente der Vollversammlung und wollen zugleich die negativen Mächte von Tod, Ungerechtigkeit und Gewalt mit Gottes Hilfe überwinden. Schließlich lässt die Formulierung der Losung auch die spirituelle Dimension der Versammlung von Gebet, Gottesdienst und Meditation deutlich werden. Dazu passt das auf den ersten Blick unscheinbare Logo, das bei näherem Hinsehen eine sich nach oben reckende Bewegung zu erkennen gibt, die von unten aufsteigend Kettenfesseln über einen grünenden Zweig in drei fliegende Vögel verwandelt: ein stiller Kommentar, wie und wohin der erbetene Weg zu Gerechtigkeit und Frieden verläuft.

In der 65-jährigen Geschichte des ÖRK ist es die 10. Vollversammlung, zu der sich vom 30. Oktober bis zum 8. November rund 3.000 Teilnehmer, darunter etwa 1.000 Delegierte von nunmehr 349 Mitgliedskirchen, im südkoreanischen Busan an der Pazifikküste versammeln werden. Es wird – auch aus finanziellen Gründen – eine der kürzesten Tagungen werden; die 6. dauerte vor 30 Jahren in Vancouver genau doppelt so lange. Erst zum zweiten Mal trifft sich die ökumenische Weltgemeinschaft

nach über 50 Jahren wieder im asiatischen Raum. Die 3. Vollversammlung 1961 in Neu Delhi gehört nach wie vor zu den herausragenden Stationen der ökumenischen Bewegung mit Eintritten orthodoxer Kirchen, der dazu stoßenden Missionsbewegung und ersten interreligiösen Begegnungen in einem nicht vorrangig vom Christentum geprägten Land.

In Südkorea leben immerhin an die 30 Prozent Christen, die meisten von ihnen sind evangelisch-reformierte Presbyterianer, die ebenso wie die stark wachsenden charismatischen Kirchen von amerikanischer Frömmigkeit missioniert und geprägt worden sind. Der presbyterianische und pfingstlich-charismatische Charakter der meisten koreanischen Christen hat nicht nur zu verhängnisvollen Abspaltungen untereinander geführt – heute soll es an die 100 evangelische Denominationen in Korea geben –, sondern auch zu Spannungen mit dem ÖRK. So wird die Versammlung wohl nicht nur auf Rosen gebettet sein. Christen haben in den großen Städten Koreas ihre Hochburgen, und Busan ist mit seinen 4,5 Millionen Einwohnern nach Seoul die zweitgrößte im Land, die zeitweilig während des Koreakriegs (1950-53) sogar als uneingenommene Hauptstadt fungierte. Unmittelbar an der Pazifikküste gelegen, aufsteigend zu den umgebenden Berghöhen wie ein Amphitheater, ist Busan mit seinem modernen Containerhafen und dem malerischen Fischmarkt in der Altstadt für Handel und Wandel prädestiniert.

Möglicherweise gehört die Vollversammlung in Busan zu den am besten vorbereiteten ökumenischen Konferenzen. Denn die orthodoxen Kirchen haben sich bereits vor einem Jahr auf der griechischen Insel Kos zu einer eigenen vorbereitenden Konsultation getroffen; ebenso sind Angehörige indigener Völker im September 2012 auf Taiwan zusammengekommen. Seit der 7. Vollversammlung im australischen Canberra 1991 sind die Ur-

einwohner, damals die Maori, ein ökumenisches Thema. Man darf auf ihren Beitrag in Busan gespannt sein. Unmittelbar vor Beginn werden sich am 28. und 29. Oktober Frauen (und Männer) sowie Jugendliche zu vorbereitenden Tagungen zusammefinden. Ein „Peace-Train“ (Friedens-Zug), rollt bereits seit dem 12. Oktober von Berlin über Moskau und Irkutsk nach Busan. Er hat etwa 130 friedensbewegte Christen an Bord, die mit ihren Erfahrungen und Botschaften auch die in Busan Versammelten bereichern und herausfordern wollen. Es ist ein Projekt des koreanischen Kirchenrates, der damit auf das in Nord und Süd gespaltene Land und seine nach 60 Jahren noch immer nicht erreichte Wiedervereinigung aufmerksam macht.

Im Internet (<http://wcc2013.info/de>) sind die schriftlichen Unterlagen für die 10. Vollversammlung zu finden: das Textbuch mit den wichtigsten Referenztexten, das Gottesdienstbuch „Hallelujah!“, das Hand- und Programmbuch sowie Bibelarbeiten („Gott des Lebens“) – alles auch auf Deutsch. Sogar ein Entwurf für einen Gottesdienst ist dabei, so dass allen, die sich für die Versammlung in Busan interessieren, die Unterlagen zur Verfügung stehen.

Mission, Einheit, Gerechtigkeit, Frieden

Um welche inhaltlichen Schwerpunkte wird es in Busan gehen? Vier Hauptthemen sind für die zweite Hälfte der Zusammenkunft vom 4. bis 8. November in Plenarsitzungen vorgesehen: Mission, Einheit, Gerechtigkeit und Frieden. Zum ersten Thema hat die Kommission für Mission und Evangelisation nach ihrer ersten Äußerung von 1982 eine neue Grundsatzklärung erarbeitet, die dem Plenum zur Beschlussfassung vorgelegt wird: „Gemeinsam für das Leben. Mission und Evangelisation in sich wandelnden Kontexten“. Sie entwickelt Mission „von den Rändern“ her und lässt frühere „Objekte“ der Mission zu ihren heutigen Subjekten werden, die prophetisch ein „Leben in Fülle“ (Johannes 10,10) für alle zu fordern berechtigt sind. Hier bricht sich ein neuer ganzheitlicher Ansatz von christlicher Mission Bahn.

Zum Thema Einheit, der Domäne der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung (*Faith and Order*), gibt es gleich zwei maßgebende Texte: eine „Erklärung zur Einheit“ und den in 20 Jahren erarbeiteten Grundlagentext „Die Kirche: Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Vision“ (FOPaper 214). Dieses Dokument beansprucht den Rang eines Konvergenztextes wie die Erklärungen von Lima vor gut 30 Jahren zu Taufe, Eucharistie und Amt. So werden die Kirchen wie damals zu offiziellen Antworten auf vier Fragen eingeladen. Diese Ausarbeitung zeichnet sich dadurch aus, dass sie von der neutestamentlichen Grundkategorie der *Koinonia* her – im Deutschen mit „Gemeinschaft“ nur sehr unvollkommen übersetzt – die Vision und Gestalt von Kirche entwickelt. Wo das ekklesiologische Thema sowieso zu den anstehenden Prioritäten im ökumenischen Gespräch gehört, dürfte dieses Dokument für katholische Christen von besonderem Interesse sein. Die „Erklärung zur Einheit: Gottes Gabe und Ruf zur Einheit – und unser Engagement“ könnte in Busan in dem Maß an Brisanz gewinnen, in dem sie mit der Wiedervereinigung von Nord- und Südkorea und deren Christen in Verbindung gebracht wird – oder nicht.

Zum Thema Gerechtigkeit liegt eine Ausarbeitung mit dem Titel vor: „Ökonomie des Lebens. Gerechtigkeit und Frieden für alle: Ein Aufruf zum Handeln“. Diese Erklärung setzt den Agape-Prozess von Porto Alegre 2006 fort. Sie nimmt das Programm „Poverty, Wealth and Education“ (PWE) – Armut, Gesundheit und Erziehung – auf und legt den Akzent auf wirtschaftliche Gerechtigkeit. Schließlich ist zum Thema Frieden bereits vor gut zwei Jahren eine Erklärung vom ÖRK-Zentralausschuss verabschiedet worden: „Ein ökumenischer Aufruf zum gerechten Frieden“. Eine weltweite Friedenskonvokation in Kingston/Jamaica hat dieses Thema 2011 vertieft, erweitert und zugespitzt.

Es ist schwer, vorab zu sagen, welches Thema in Busan die Oberhand gewinnen wird. Die Texte zu Mission und Einheit der Kirchen sind neu und werden der Vollversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt, während die Erklärungen zu Gerechtigkeit und Frieden auf bereits Bekanntes zurück-

greifen können. Wer vermag vorherzusagen, ob im presbyterianisch-charismatisch geprägten Korea die traditionellen Themen Einheit und Mission oder die globalen Anfragen nach Gerechtigkeit und Frieden im Vordergrund stehen werden? Eines aber ist gewiss: Im christlich und politisch gespaltenen Korea ist kein Thema aktueller als die Frage nach Gemeinschaft und Wiedervereinigung, für die der koreanische Kirchenrat eintritt.

Verändertes Kräfteverhältnis

Die Gemeinsame Arbeitsgruppe zwischen Genf und Rom hat sich in den Jahren von 2007 bis 2012 mit der kirchlichen Rezeption ökumenischer Dialoge befasst, außerdem mit spirituellen Wurzeln der Ökumene, mit der Beteiligung junger Menschen in der Kirche und im Blick besonders auf den Nahen Osten mit der Frage der Migration. Man will in der sogenannten Joint Working Group (JWG) von Genf und Rom eine Verdoppelung der Arbeit von *Faith and Order* an Lehrfragen vermeiden. Stattdessen konzentriert man sich auf gemeinsame Herausforderungen. Der inzwischen 9. Bericht steht unter dem Pauluswort: „Nehmt einander an, wie Christus uns angenommen hat zu Gottes Ehre“ (Römer 15,7). Das macht deutlich, dass wir heute sowohl uns gegenseitig als unterschiedlich geprägte Christen als auch die Herausforderungen von außen anzunehmen haben: ein anderes Wort für „Rechtfertigung“, die Annahme des anderen in Gottes Namen.

In Korea gibt es mehr als fünf Millionen katholische Christen, gut 10 Prozent der Bevölkerung: Ob sie in Busan eine Rolle spielen werden?

Koreanische Christen, zumindest die dem koreanischen Kirchenrat nahestehenden, verbinden hohe Erwartungen mit der Versammlung in Busan, etwas zur Vereinigung des seit 60 Jahren geteilten Landes beizutragen – so ähnlich wie die Kirchen im Wendeprozess unseres Landes 1989/90. Demgegenüber fällt schon sehr auf, dass die 10. Vollversammlung des ÖRK in der westlichen, auch deutschen Öffentlichkeit, von den Kirchen bis zu den Medien, faktisch keine Rolle spielt. Ist die Aufmerksamkeit völlig nach Rom abgewandert, oder/und erwartet man vom Ökumenischen Rat in Genf keine Impulse mehr? Der Fortsetzungsausschuss für die Jahre 2013 bis 2020 sieht es in seinem Bericht so, dass der ÖRK nicht mehr Inspirator ist, wie er es in Amsterdam 1948 und in Neu Delhi 1961 war, auch nicht mehr Initiator wie etwa 1983 in Vancouver mit dem Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, sondern ein *Convener*, ein Versammler, ein Zusammenführer der ökumenischen Bewegung auf Plattformen, in Foren oder bei Vollversammlungen, die ohne ihn auseinanderzufallen droht. Das mag eine bescheidenere und nüchternere Rolle als ehemals sein. Aber sie entspricht dem gegenwärtigen ökumenischen Kräfteverhältnis und der unerlässlichen Aufgabe auf dem Weg zu einer konziliaren Gemeinschaft der Christenheit. ●

IEF regt Wittenberger Ökumenische Versammlung für 2017 an

Köln Eine Wittenberger Ökumenische Versammlung (WÖV) im Gedenkjahr an den Beginn der Reformation 2017 hat die deutsche Region der Internationalen Ökumenischen Gemeinschaft (IEF) vorgeschlagen. Da in diesem Jahr kein ökumenischer Kirchentag stattfindet, könne eine solche Versammlung „in diese ökumenische Lücke“ treten, so die IEF in einem Schreiben an ökumenische Basisgemeinschaften in Deutschland. Als Termin schlägt die Organisation die Woche vom 21. bis 28. August 2017 vor.

Die nach eigenen Angaben in zehn europäischen Ländern vertretene IEF lädt alle zwei Jahre zu einer internationalen Tagung in ost- und westeuropäischen Städten und Ländern ein, die jüngste fand Ende Juli im spanischen Avila statt. Die Grundidee WÖV bestehe darin, „im Jahr 2017 ein deutlich hör- und sichtbares Signal zu senden, dass wir Christ/inn/en zusammengehören und miteinander unser Christsein leben und gestalten wollen“, heißt es in dem Schreiben. Dabei solle der Hauptakzent auf der spirituellen Ebene liegen. ●

Aufruf zum Ungehorsam

Theologe Hasenhüttl will Abendmahlsgemeinschaft erzwingen

Von K. Rüdiger Durth

Kassel Um Gotthold Hasenhüttl ist es ruhig geworden. Der inzwischen bald 80-jährige ehemalige Professor für Systematische Theologie an der Universität des Saarlands (1974-2002), den die Jungen kaum noch kennen, kam 2003 in die Schlagzeilen, weil er am Rande des 1. Ökumenischen Kirchentags in Berlin gegen das Verbot der Interkommunion verstieß und zusammen mit Protestanten die Eucharistie feierte. Dafür wurde er 2004 als Priester suspendiert, zwei Jahre später wurde ihm die Lehrerlaubnis entzogen. Wiederum vier Jahre später trat er aus der römisch-katholischen Kirche „als Körperschaft des öffentlichen Rechts“ aus.

Nun hat sich Hasenhüttl wieder zu Wort gemeldet. Unter der Überschrift „Versöhnung statt Spaltung“ veröffentlichte er im „Deutschen Pfarrerblatt“ (10/2013, S. 567-572) im Blick auf das Reformationstreffen „Überlegungen zu Ökumene und Abendmahlsgemeinschaft“ (Untertitel). Das Organ ist gezielt ausgewählt. Denn das in Kassel im 113. Jahrgang erscheinende „Deutsche Pfarrerblatt“ ist nicht nur das Mitteilungsblatt der evangelischen Pfarrvereinigungen in den 20 Landeskirchen mit mehreren tausend Mitgliedern, sondern auch eine einflussreiche theologische Zeitschrift des Protestantismus. Das Blatt greift regelmäßig mit Beiträgen führender Theologen in die aktuelle protestantische Diskussion ein.

Zu den brennenden ökumenischen Themen der evangelischen Kirche zählt nach wie vor die Frage der eucharistischen Gastfreundschaft, zumindest für konfessionsverschiedene Ehen und Familien. Hasenhüttl verneint mit historischen Belegen die für die Ämterdiskussion zentrale Frage der ununterbrochenen Sukzession und wirft nicht zuletzt Benedikt XVI. vor, mit zweierlei Maß zu messen (er hatte bei den Trauerfeierlichkeiten für Papst Johannes Paul II. auch dem Protestanten Roger

Schutz, dem Prior der Taizé-Bruderschaft, die Kommunion gereicht. Zugleich fordert Hasenhüttl, dass Rom spätestens zum 500. Jahrestag der Reformation 2017 die Exkommunikation Martin Luthers aufheben soll. Denn „mit einer Gemeinschaft, einer Kirche, die auf eine Exkommunikation zurückgeht, ist jeder echte Dialog à priori unmöglich, solange eine solche Verurteilung besteht.“

Ziel der Ökumene ist für Hasenhüttl nicht die „Uniformität einer Kirche“, auch nicht die organisatorische Kircheneinheit, sondern allein die Kirchengemeinschaft: „Also eine Einheit mit dem Papst, aber nicht unter dem Papst.“ Der „religiöse Kolonialismus“ sei kein Weg, wohl aber die „ökumenische Gastfreundschaft, die gegenseitige Einladung zum Herrenmahl“. Da Hasenhüttl davon ausgeht, dass Rom diese nicht freiwillig ausspricht, nennt er als mögliche Druckmittel „flächendeckende“ gemeinsame Eucharistiefiern von evangelischen und katholischen Geistlichen oder einen weiten Verzicht katholischer Christen auf die Teilnahme an der Eucharistie. Beides werde, so meint er, die kirchliche Hierarchie zum Umdenken zwingen. Letzteres sei zugleich ein Akt der Solidarität mit jenen, denen wie den konfessionsverschiedenen Ehen und Familien die Kommunion vorenthalten werde. So könne der Konfessionalismus ein Ende finden, und Christen stünden nicht mehr gegen Christen, sondern alle stünden gemeinsam glaubwürdig für andere Menschen ein.

Alles in allem decken sich die Überlegungen Hasenhüttls weithin mit den Wünschen und Vorstellungen der evangelischen Christen zu eucharistischer Gastfreundschaft und Ökumene. Man darf gespannt sein, wie die Thesen in der Debatte des „Deutschen Pfarrerblatts“ aufgenommen werden, zumal die evangelische Ungeduld über das katholische Nein zur eucharistischen Gastfreundschaft immer größer wird. ●

Von Mythen und Niederungen

Ausstellung zur Kulturgeschichte des evangelischen Pfarrhauses

Von Karin Wollschläger

Berlin Bundeskanzlerin Angela Merkel, der Philosoph Friedrich Nietzsche, RTL-Nanny Katharina Saalfrank und die RAF-Terroristin Gudrun Ensslin könnten verschiedener nicht sein. Und doch verbindet sie eines: Allesamt sind sie evangelische Pfarrerskinder, haben ihre Kindheit im Pfarrhaus verbracht.

Dass dies kein „normales Elternhaus“ ist, weiß man nicht erst seit Michael Hanekes prämiertem Film „Das weiße Band“. Seit dem 25. Oktober ist im Deutschen Historischen Museum (DHM) in Berlin eine Sonderausstellung zur Kulturgeschichte des evangelischen Pfarrhauses zu sehen. Ihr mehrdeutiger Titel: „Leben nach Luther“.

Im Mittelpunkt steht eine „Lebensform“, die seit Jahrhunderten Projektionsfläche gesellschaftlicher und familiärer Ideale ist, Hort universeller Bildung und Vorbild christlicher Lebensführung. Die Liste von Pfarrhaus-Sprösslingen wie Gryphius, Gottsched, Lessing, Wieland, Claudius, Lichtenberg, Bürger, die Gebrüder Schlegel, Schleiermacher, Nietzsche, Hesse und Benn liest sich wie eine „Hall of Fame“ deutscher Geistesgrößen. Auch sie begründet den Mythos von der prägenden Bedeutung des protestantischen Pfarrhauses für das deutsche Geistesleben.

Und doch schien sich ein Schleier des Vergessens darüber gelegt zu haben, wie Ausstellungskurator Bodo-Michael Baumunk berichtet: „Als 2004 die Idee zu dieser Ausstellung aufkam, fragten alle: Wen soll das interessieren?“ Doch wenig später hat plötzlich ein regelrechter „Pfarrhaus-Hype“ eingesetzt. Ausgelöst einerseits durch den Haneke-Film 2009, andererseits durch das Aufrücken der Pastorentochter Merkel zur Kanzlerin und des ehemaligen evangelischen Pfarrers Joachim Gauck zum Bundespräsidenten.

„Da war das Phänomen evangelisches Pfarrhaus und der damit verbundene Wertekanon plötzlich wieder spannend“, erläutert Baumunk und fasst die Intention der Ausstellung prägnant zusammen: „Wir stellen das Pfarrhaus vom Kopf auf die Füße.“ Aufgeräumt werden solle mit unausrottbaren My-

Schneider: Pfarrhäuser haben „historisch prägende Kraft“

Berlin Von evangelischen Pfarrhäusern geht laut dem EKD-Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider eine „historisch prägende Kraft“ aus. „Es gibt wenige andere Beispiele, an denen sich eine so enge Verbindung zwischen dem Amt und dem Leben eines Menschen aufzeigen lässt“, sagte Schneider bei der Eröffnung der Ausstellung „Leben nach Luther“ im Deutschen Historischen Museum. Schneider erklärte, das Pfarrhaus sei ein spannendes und spannungsvolles Beispiel für das Zusammenwirken und den fruchtbaren Austausch zwischen Kirche und Kultur. Zugleich betonte er, dass die gesellschaftlichen Entwicklungen der Moderne auch nicht vor dem Pfarrhaus haltmachten. Es befinde sich im steten Wandel. „Wir müssen die Ansprüche an die Funktion des Pfarrhauses und die dort lebenden und arbeitenden Menschen immer bedenken und auch Mut zu Veränderungen haben“, so der Ratsvorsitzende. ●

then, etwa dem, dass Martin Luther das erste Pfarrhaus gegründet habe.

In sechs Themenräumen zeichnet die Ausstellung mit insgesamt 550 Exponaten aus zehn Ländern und 30 Medienstationen mit Film- und Tonaufnahmen die Entwicklung von der Reformation bis in

die Gegenwart nach. Zu sehen sind Bilder aus fünf Jahrhunderten, vom barocken Gruppenbild bis zu biedermeierlich-familiären Darstellungen sowie gemalten Momentaufnahmen geistlicher Amtshandlungen. Die Schau zeigt auf 1.000 Quadratmetern Alltagsgegenstände, Briefe und eine Vielzahl von Amtstrachten, unter denen sich um 1960 allmählich auch die Talare der ersten Pastorinnen finden. Auch Kuriosa sind zu sehen, wie die erste hölzerne Waschmaschine, die ein Pfarrer – eher zufällig – im 18. Jahrhundert erfand.

Zugleich beleuchtet die Schau das Versagen und die unschönen Seiten etwa während und nach der Weimarer Republik. Damals entwickelten sich die protestantischen Pfarrhäuser teilweise zu „nationalkonservativen Festungen“ gegen Republik und Demokratie. Viele Landeskirchen standen der NS-Ideologie positiv gegenüber. Hetzschriften und antisemitische Wahlplakate dokumentieren die

ideologischen Verirrungen. Widerstand wiederum formierte sich im „Pfarrernotbund“.

Nach dem Krieg bestimmten die Erfahrungen der NS-Zeit das Verhältnis der evangelischen Kirche zur Politik, auch aus dem Gefühl des zurückliegenden Versagens. Die Ausstellung zeigt Zeugnisse von Repression, Anpassung und kirchlicher Opposition in der DDR. Sie beleuchtet die Rolle des evangelischen Pfarrhauses für die friedliche Revolution 1989/90, aber auch das politische Engagement westdeutscher Kirchen in der Friedensbewegung der 1980er Jahre.

So zeigt die umfangreiche Sonderausstellung, die in Kooperation mit dem Rat der EKD und der Internationalen Martin Luther Stiftung entstand, wie die Institution „evangelisches Pfarrhaus“ bis in die Gegenwart hinein die Gesellschaft prägt, auch jenseits aller Mythen. ●

Käßmann wünscht sich Versöhnungszeichen für 2017

Köln Die Botschafterin des Rates der EKD für das Reformationsjubiläum 2017, Margot Käßmann, wünscht sich für das Jubiläum „ein Versöhnungszeichen, das im Gedächtnis bleibt: Wir sind verschieden, aber wir gehören zusammen“. Bei ihr sei das Bild vom Evangelischen Kirchentag 1993 in München haften geblieben, als Tausende Katholiken und Protestanten am Fronleichnamstag auf zwei verschiedenen Wegen durch die Stadt gezogen seien, die einen mit gelben, die anderen mit lila Bändern; auf dem Marienplatz hätten sich beide Prozessionen getroffen, und die Teilnehmer hätten ihre Bänder verknüpft, sagte Käßmann in einem Interview des Kölner Journalisten Joachim Frank. Solche Zeichen seien wichtig, auch wenn sie „dogmatisch irrelevant“ seien, so die Theologin. Ein im doppelten Sinn „bewegendes Zeichen“ könne es sein, „wenn wir uns bei aller Verschiedenheit zumindest an einen Tisch setzen, den Auftrag Jesu erfüllen und miteinander Abendmahl feiern könnten“. Das Interview ist in Franks Buch „Wie kurieren wir die Kirche? Katholisch sein im 21. Jahrhundert“ veröffentlicht.

Käßmann zeigte sich beeindruckt von der „Bindekraft“ der katholischen Kirche. „Ein Katholik, der mit seiner Kirche ringt und hadert, ist doch einer, der die Kirche liebt“, meinte sie unter Hinweis auf den Theologen Hans Küng. „Ein Protestant hingegen, der anderer Meinung ist, tritt aus“ fügte sie hinzu. Für die Protestanten sei die Kirche im Grunde „ein Ordnungselement“, aber nicht Gegenstand irgendeiner Art von „Passion“. Die Lutheraner in den USA habe sie als tief gespalten erlebt „und in Konflikten kaum noch handlungsfähig“, so die ehemalige Hannoversche Landesbischöfin. Die Bereitschaft, über die eigenen Belange hinaus auf regionaler oder überregionaler Ebene als Kirche den Schulterschluss zu praktizieren, „geht gegen Null“. Etwas mehr von der Bindekraft der katholischen Kirche „würde uns auch guttun“. Zugleich betonte Käßmann, sie könne „nie und nimmer“ den Papst als Oberhaupt ihrer Kirche anerkennen. ●

Joachim Frank, Wie kurieren wir die Kirche? Katholisch sein im 21. Jahrhundert (hg. von Alfred Neven DuMont), 288 Seiten, 19,99 Euro.

Entgleisungen und Toleranz

EKD diskutiert zum Themenjahr-Ende über Schatten der Reformation

Von Benjamin Lassiwe

Berlin Er sieht aus wie direkt aus einem Gemälde von Lucas Cranach: Ein Schauspieler im Gewand Martin Luthers betritt die Bühne des Berliner Veranstaltungszentrums „Radialsystem“. „Ich selbst habe den Koran ins Lateinische übersetzen lassen, freilich um ihn zu widerlegen“, deklamiert der Mann. „Ein feste Burg ist unser Gott“ erklingt, einsam intoniert von einer Saxophonistin.

Doch das war nur das Vorspiel: Am 25. Oktober nämlich luden die EKD und ihre Reformationsbotschafterin Margot Käßmann zu einem Abend mit dem Thema „Die Schatten der Reformation“ in das Veranstaltungszentrum ein. Kurz vor dem Ende des Themenjahrs „Reformation und Toleranz“ sollten sich die muslimische Theologin Lamya Kaddor, der jüdische Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik und die freikirchliche Kirchenhistorikerin Andrea Strübind aus der Opferperspektive zu Martin Luther äußern. Denn Juden, Türken und Wiedertäufer wurden vom Mönch aus Wittenberg verteufelt. So jedenfalls sah es das eher schlichte Konzept der Veranstaltung vor.

„Begründer des deutschen Antisemitismus“

Was dann kam, hatte allerdings niemand geahnt. „Für mich ist Martin Luther der Begründer des deutschen Antisemitismus“, wettete Brumlik. Und zitierte dazu den NS-Kriegsverbrecher Julius Streicher. Der habe beim alliierten Militärtribunal in Nürnberg gesagt: „Dr. Martin Luther säße heute an meiner Stelle.“ Und Brumlik unterstützte das: „In diesem Fall hatte er schlicht und ergreifend recht“, fügte er hinzu. „Luther hat mit Ausnahme der Gaskammern alles das gefordert, was die Nationalsozialisten dann exekutiert haben.“ Dass es sich bei Martin Luther um einen Menschen der frühen Neuzeit handelte, kam dagegen auf dem

Podium kaum vor. Und auch der Hinweis, den der EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider in seiner Eröffnungsrede gab, „man kann nicht unsere heutigen Toleranzvorstellungen an Luther herantragen“, wurde von den Diskutanten geflissentlich ignoriert. Einzig die freikirchliche Theologin Strübind fiel durch große Sachlichkeit positiv aus der Reihe. „Ich sehe Luther als herausragenden Theologen, der die Anliegen der Reformation in bewundernswerter Klarheit zur Sprache gebracht hat“, sagte Strübind. Dennoch bedauere sie, dass die Jubiläumsfeierlichkeiten 2017 sehr stark auf Luther zentriert seien. „Wenn Sie Kirchengeschichte unterrichten, dann wären Sie heilfroh, dass wir heute eher weichgespült sind: Wen hat Luther nicht alles Satan genannt – den Papst, die Juden, die Reformierten.“ Sie wünsche sich eine tolerante Grundhaltung – „aber die gab es zur Zeit der Reformation nicht“, betonte die Oldenburger Professorin. „Toleranz war kein Wert der Reformation.“

Die Entgleisungen Brumliks blieben dagegen unkommentiert im Raum. Auch die Reformationsbotschafterin Käßmann ging in ihrem Schlusswort nicht darauf ein. Stattdessen bekannte sie, durch die Begegnung mit anderen immer evangelischer geworden zu sein. „Ich kann das Kirchenverständnis der römisch-katholischen Kirche nicht nachvollziehen, die russische Orthodoxie erscheint mir zu erstarrt, das Judentum versuche ich zu begreifen, der Islam irritiert mich in vielem, der Buddhismus bleibt mir fremd“, so Käßmann. Dennoch halte sie es für entscheidend, dass Religionen miteinander im Gespräch seien. „Es wird Zeit, dass die Religionen verlässlicher zum Faktor der Konfliktentschärfung werden, weil sie eine Toleranz kennen, die Unterschiede nicht mit Gewalt vernichten will, sondern als kreative Kraft sehen, die Welt und Zukunft menschenfreundlich gestalten kann.“ ●

Mit Bannfluch und Protesten

Orthodoxe Machtkämpfe von Nahost bis Indonesien

Von Heinz Gstrein

Jerusalem/Singapur Ein Ultimatum hat Ende Oktober der griechisch-orthodoxe Patriarch von Antiochien, Johannes X., an seinen Jerusalemer Amtsbruder Theophilos III. gerichtet: Wenn dieser den von ihm usurpierten Kirchensprengel des Golfemirats Katar nicht vor Jahresende wieder unter die antiochenische Jurisdiktion zurückgibt, will Johannes X. die kirchliche Gemeinschaft zu Jerusalem abbrechen. Katar und die ganze Golfregion gehören traditionell zum Patriarchat Antiochien und „des ganzen Orients“. Die arabischen Öl-Emirate bilden auch schon bald 40 Jahre einen integrierten Teil seines Metropolitan-sprengels von „Bagdad und Kuwait“. Jerusalem beansprucht gerade Katar hingegen, weil die meisten der dortigen orthodoxen Christen Palästinaflüchtlinge sind. Nun wird ein Schiedsspruch vom Ökume-

nischen Patriarchen Bartholomaios I. erwartet, um eine Kirchenspaltung in der schon anderweitig so bedrängten nahöstlichen Orthodoxie zu verhindern.

Aber auch in dessen eigenem, weltweiten Jurisdiktionsbereich ist es zu Spannungen gekommen. Der Missions-Metropolit von Singapur, Konstantinos Tsilis, ist erbost über den serbischen Patriarchen Irinej. Dieser hat unlängst eine interreligiöse Konferenz in Djakarta besucht. Konstantinos wirft Irinej nun in einer geharnischten Erklärung vor, ihn als Ortsbischof nicht um Erlaubnis gebeten zu haben. – Diese und ähnliche bischöflichen Selbstherrlichkeiten nehmen seit einigen Jahren überhand. Kein Wunder, dass das orthodoxe Volk seine Oberhirten als „Despoten“ (slaw. *Vladyka*) bezeichnet. ●

Orthodoxe Stellungnahme zur Organtransplantation geplant

Dortmund Die Orthodoxe Bischofskonferenz in Deutschland (OBKD) plant eine pastorale Stellungnahme zu Fragen der Organtransplantation. Bei ihrer Herbstvollversammlung in Bekond bei Trier beauftragten die zehn Diözesan- und Vikarbischofe der orthodoxen Diözesen ihre Theologische Kommission, zur Frühjahrssitzung 2014 einen Textvorschlag zu erarbeiten, wie aus dem in Dortmund veröffentlichten Kommuniqué der Versammlung hervorgeht. Weitere Themen waren der Religionsunterricht, Initiativen zur orthodoxen Gefängnisseelsorge, die Beziehungen zu anderen Kirchen und die Vorbereitung regionaler gesamtorthodoxer Priestertagungen. Für Mai 2014 erwarten die orthodoxen Kirchen einen Besuch des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Bartholomaios I. Bei einem Symposium im Rahmen der Vollversammlung widmeten sich die Bischöfe dem Thema des Verhältnisses von Kirche und Staat im heutigen Europa. In Vorträgen wurde

exemplarisch die Lage in Griechenland, Finnland, Rumänien und Großbritannien vorgestellt. Drei der vier Statements sind in Internet auf der Homepage der OBKD (www.obkd.de/PresseinfosOBKD.htm) dokumentiert. ●

260 Millionen orthodoxe Christen

Moskau Weltweit bekennen sich rund 260 Millionen Christen zum orthodoxen Glauben. Die meisten von ihnen gehören zur russisch-orthodoxen Kirche mit mehr als 100 Millionen Gläubigen, wie die russische Nachrichtenagentur „Interfax-Religion“ unter Berufung auf das amerikanische Forschungsinstitut Pew Research Center meldete. Gefolgt wird sie von der Ukraine (34 Millionen), Weißrussland (5,9 Millionen), Georgien, Rumänien, Griechenland, Serbien, Bulgarien, Ägypten und Estland. ●

Der „Fall“ des Marienbaums

Ägyptens Christen zwischen Muslimterror und Staatsraison

Von Heinz Gstrein

Kairo In Ägypten formiert sich die politisch entmachtete und in die Illegalität verbannte Muslimbruderschaft neu im Untergrund. Aus diesem kehrt sie wieder auf Straßen und Plätze zurück, von denen sie im Sommer so blutig vertrieben wurde. Zwar nicht mehr im ganzen Land, aber an klug gewählten Schwerpunkten: Am Kairoer Tahrir und vor dem alten Königspalast von Ras et-Tin in Alexandria sowie um die islamische Al-Azhar-Universität im ältesten Viertel der ägyptischen Hauptstadt. Das dort seit Mitte Oktober anhaltende studentische Aufbegehren zeigt, wie stark die Muslimbrüder auch diese traditionell aufgeklärte Bildungsstätte und höchste sunnitische Lehrinstanz unterwandert haben.

Die neuen Aktivitäten der Bruderschaft beschränken sich aber nicht auf Demonstrationen gegen das heutige Übergangsregime mit eisernem militärischen Rückgrat: Es häufen sich hinterhältige Anschläge, die gegen Politiker und Ordnungskräfte, aber vor allem gegen koptische Christen gerichtet sind. Das jüngste Blutbad vor der Marienkirche auf der Nilinsel Waraq al-chadra im Norden Kairo zeigt, dass es sich dabei nicht um isolierte Einzeltäter handelt. Die Todesschüsse in eine Hochzeitsgesellschaft, denen auch zwei Kinder zum Opfer fielen, waren geradezu militärisch geplant und durchgeführt. Spione der Bruderschaft kundschafteten diese Gelegenheit aus, am Hochzeitsabend wurde zuerst die Straße zur Kirche mit einem quergestellten Lastwagen blockiert. Das sicherte den zwei Auftragsmördern auf ihrem Motorrad bei dem Anschlag freie Fahrt und freies Schussfeld, aber ebenso einen sofortigen Fluchtweg.

Betätigen sich die in Ägypten wieder einmal verbotenen Muslimbrüder wie schon so oft in ihrer bald 90-jährigen Geschichte in den Ballungszentren als Stadtguerilla, so bilden sie auf dem Land – beson-

ders am Wüstenrand – regelrechte Kleinkampfgruppen. Diese beherrschen schon fast den ganzen nördlichen Sinai. Dort stehen sie mit Hamas und anderen Dschihadisten im Gazastreifen in Verbindung. Der Prozess gegen den gestürzten Präsidenten aus den Reihen der Bruderschaft, Muhammad Mursi, der am 4. November beginnt, verspricht nähere Aufschlüsse über diese gefährliche Achse der ägyptischen Muslimbrüder zum nahöstlichen, inzwischen nahezu weltweiten Gewaltislam.

Ohne Blutvergießen verlief, aber als nicht weniger folgenschwer erweist sich die Zerstörung einer der ältesten und ehrwürdigsten christlichen Wallfahrtsstätten am Nil: des sogenannten Marienbaums (*Schagaret al-Adhra*) im Kairoer Vorort Mataria. Unter seinen breiten Ästen soll die Heilige Familie auf ihrer Flucht nach Ägypten geruht haben, von der das Matthäusevangelium berichtet. Diese Gedenkstätte ist zum ersten Mal für die Kreuzfahrerzeit bezeugt. Als der Baum 1656 morsch wurde und zerfiel, gelang es den vereinten Bemühungen von Kopten und Franziskanern, aus den Resten neues Leben zu erwecken: 1672 war der Marienbaum neu herangewachsen. Dasselbe wiederholte sich 1850, wie Otto Meinardus berichtet, der große deutsche Erforscher des christlichen Ägypten.

Dieser dritte Marienbaum wurde nach Berichten der Augenzeugen Mitte Oktober von einer Islamistschar unter „*Allahu-Akbar*“-Rufen umgerissen und in Stücke zersägt. Die zuständige „Ägyptische Behörde für Altertümer“ beeilte sich sofort, diesen Vandalenakt zu vertuschen: Der Baum sei „von selbst“ umgefallen, habe die Ummauerung eingegrissen und als „Verkehrshindernis“ zerstückelt und beseitigt werden müssen.

Im Voraus sträflich vernachlässigter Polizeischutz, kein Eingreifen der Ordnungskräfte während der

Gewaltakte und ihre nachträgliche Beschönigung sind auch nun unter der Herrschaft von Generaloberst Abdel Fattah al-Sissi typisch für das Desinteresse der ägyptischen Obrigkeit an Wohl und Wehe ihrer um die zwölf Millionen christlichen Untertanen. Diese Gleichgültigkeit arbeitet den Muslimbrüdern in die Hände: Sie wollen nicht nur das Christentum am Nil so wie seinen Marienbaum entwurzeln. Sie treiben mit ihren vom Staat weder verhinderten noch geahndeten Anschlägen auch gezielt einen Keil zwischen die Kopten und die neue politische Ordnung. Ägyptens Christen fühlen sich von den Staatsorganen verlassen und schutzlos der Gewalt preisgegeben. Seit die Kopten bei der großen Anti-Mursi-Demonstration mit Kreuzen und Bibeln mitmarschiert waren und sich ihr Patriarch Tawadros II. bei Sissis Machtergreifung vom 3. Juli ostentativ an der Seite des neuen Machthabers zeigte, hat die Begeisterung der Christen über die neue Ordnung spürbar abgenommen.

Kritik von Jugendvereinigung

An erster Stelle ist es die koptische Jugend, die sich langsam von der Regimetreue ihrer Kirchenführer absetzt. Junge Frauen und Männer kritisieren deren Überlebensstrategie, sich – wie die orientalischen Christen überhaupt – den jeweiligen Machthabern anzubiedern. So richtet sich jetzt die Empörung über das Gemetzel von Al-Waraq nicht nur gegen die Muslimbrüder, sondern ebenso an die Adresse der derzeitigen Machthaber: „Tod und Verderben unter den Kopten vor der Marienkirche auf der Nilinsel haben islamistische Terroristen gesät. Mitverantwortlich sind aber auch Ministerpräsident Beblawi und seine Regierung als Unterlassungstäter. Wir haben Klage gegen Innenminister Ibrahim und die für Waraq verantwortlichen Polizeioffiziere wegen Pflichtverletzung eingebracht“, heißt es in einer Erklärung der „Jugendvereinigung Maspero“.

Diese hat sich nach dem Massaker vom 8./9. Oktober 2011 formiert. Angehörige der damals noch mit den Muslimbrüdern verbündeten Streitkräfte

walzten koptische Demonstranten mit Panzern nieder, als diese vor dem Kairoer Fernsehturm im Stadtteil Maspero am Nilufer gegen die ausufernde Gewalt zu Lasten der Christen zu protestieren wagten. Die erste Kluft zwischen der Maspero-Jugend und dem damaligen ersten Militärregime eines „Obersten Verteidigungsrates“, aber auch zur eigenen Amtskirche tat sich an den koptischen Weihnachten 2011 am 6. Januar auf. Der inzwischen verstorbene Patriarch Schenuda III. lobte die neuen Herren in Kairo nach dem Sturz von Langzeitpräsident Hosni Mubarak. Einige Marschälle und Generäle saßen in der ersten Reihen der Markuskathedrale, als von hinten plötzlich junge Stimmen riefen: „Nieder mit der Militärherrschaft!“ Tina Thabet, die damals mit dabei war, erinnert sich: „Die Kirche dankte den Mördern ihrer eigenen Töchter und Söhne. Da konnten wir einfach nicht schweigen!“

„Wir müssen endlich das ängstliche Leisetreten einstellen“, fordert die Maspero-Jugend auch heute. So schaltet sie sich lautstark in die Diskussion um Ägyptens neue Verfassung ein. Ihr Entwurf soll bis zum 5. Dezember vorliegen. Da das halboffizielle koptische Organ, die Wochenzeitung „Watani“ (Mein Heimatland), und das Kirchenfernsehen „Al-Hayyat“ (Das Leben) eher zu den Leisetretern zählen, bedienen sich die zornigen jungen Christen der Netzwerke Facebook und Twitter. Dort gibt es viel Unverblühtes zu lesen. Eine 22-jährige Pharmaziestudentin, Nancy Emad, trifft den Nagel auf den Kopf: „Wir verlangen eine Verfassung, die endlich unsere christliche Minderheit respektiert.“ Sie twittert weiter: „Wir wollen uns nicht länger als Bürger zweiter Klasse fühlen. Wir müssen endlich Gewissheit bekommen, dass dies auch unser Land ist, dass wir eine andere Zukunft haben als die Auswanderung, um unser Leben zu retten.“

Die 50 Mitglieder der verfassungsgebenden Kommission werden gut beraten sein, diesen christlichen und ähnlichen Stimmen aus dem demokratisch-fortschrittlichen Lager Gehör zu schenken. Das ist Ägyptens letzte Chance, bevor es in einen Bürgerkrieg syrischen Zuschnitts zu versinken droht. ●

Neue Studie zu Erwin Iserloh und der „Thesenanschlag“-Debatte

Fribourg An den katholischen Münsteraner Kirchenhistoriker Erwin Iserloh (1915-96) erinnert ein neues Buch des lutherischen Theologen Uwe Wolff. Neben der biografischen Studie enthält der Band die wesentlichen Texte Iserlohs zur Diskussion über den „Thesenanschlag“ Martin Luthers, der nach Überzeugung des Historikers nicht stattgefunden hat. Iserloh hatte in den 1960er Jahren mit seinen Argumenten eine heftige Debatte ausgelöst. Der Tübinger evangelische Kirchenhistoriker Volker Leppin zeichnet in seinem abschließenden Beitrag die jüngere Diskussion zum Thema nach und bekräftigt als Ergebnis: „Ein Thesenanschlag fand nicht statt.“ (Siehe die Dokumentation in dieser Ausgabe.)

Wie die Herausgeberin Barbara Hallensleben in ihrem Vorwort betont, verbindet sich in diesem Forschungsergebnis „eine kleine historische Detailfrage mit einer großen symbolträchtigen Metafrage“: Worum ging es dem Reformator Martin Luther? Um den Bruch mit der Kirche – oder um die Reform der einen Kirche Jesu Christi? Hallensleben hatte in Münster bei Iserloh promoviert, dessen private Forschungsbibliothek zur Geschichte und Theologie der Reformation heute in die Universitätsbibliothek Fribourg integriert ist; zudem beherbergt das dortige Institut für Ökumenische Studien einen Teil der Archivmaterialien aus Iserlohs Nachlass. Zum Ertrag der Forschungen Iserlohs resümiert Hallensleben in einem weiteren Beitrag: „Er hielt den Weg offen für eine neue theologische Synthese, die zu formulieren der ganzen Generation – vielleicht bis heute – nicht gegeben war.“

Der braunschweigische Landesbischof Friedrich Weber betont in seinem „Geleitwort“, mehr als eine erneute akademische Auseinandersetzung um die Historizität des Thesenanschlags interessiere ihn, ob durch den Martin Luther zugeschriebenen handwerklichen Akt des Hämmerns gegen die Schlosskirchentür in Wittenberg „ein bestimmtes Bild des Reformators prägend geworden ist, das seinen Reformimpulsen keineswegs entspricht und zugleich bis heute den ökumenischen Dialog über

Luther und seine Bedeutung auch für die römisch-katholische Kirche überlagert und beschwert“. Im Blick auf die 500. Wiederkehr dieses Ereignisses in ökumenischer Perspektive hält Weber, der auch Catholica-Beauftragter der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) ist, einerseits fest: „Den Verlust der Einheit kann man nicht feiern. Er gehört zu den dunklen Seiten der Kirchengeschichte.“ Zugleich unterstützt er den Vorschlag, das Reformationsjubiläum gleichsam als Christusjubiläum zu begehen, damit sich auch die Katholiken daran beteiligen könnten. „Ich kann mir vorstellen“, so Weber, „dass dies Erwin Iserloh sehr freuen würde“. – Der Band soll nach den Worten der Herausgeberin dazu beitragen, das Jubiläum als Weg zur Versöhnung und Heilung des Gedächtnisses der Christen zu verstehen. ●

Uwe Wolff, Iserloh – Der Thesenanschlag fand nicht statt (Studia Oecumenica Friburgensia 61), 288 Seiten, Friedrich Reinhardt Verlag Basel 2013, 25 Euro.

Leser von KNA-ÖKI können das Buch unter Angabe der Nummer dieser Ausgabe (44) versandkostenfrei bestellen beim Institut für Ökumenische Studien der Universität Fribourg/Schweiz: iso@unifr.ch.

ACK-Dokumentation zu konfessionellen Klischees

Frankfurt Unter dem Titel „Tradition‘ im ökumenischen Gespräch. Von konfessionellen Klischees und ihrer Durchbrechung“ hat die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) die Texte eines Studientags vom Herbst 2012 vorgelegt. Das Heft enthält eine Studie des Deutschen Ökumenischen Studienausschusses (DÖSTA) sowie sieben Stellungnahmen aus konfessioneller Perspektive. Es kostet 2 Euro pro Exemplar (inkl. Versandkosten) und kann in der Ökumenischen Centrale (Ludolpusstraße 2-4, 60487 Frankfurt am Main), oder unter www.oekumene-ack.de/Shop.150.0.html bestellt werden. ●

Blockierter Beirat

Endloses Tauziehen am Islam-Zentrum der Uni Münster

Von Hermann Horstkotte

Münster Politik und muslimische Verbände in Deutschland sehen es als großen Fortschritt: An vier deutschen Universitäten wird inzwischen islamische Theologie gelehrt. So auch an der Universität Münster am „Zentrum für Islamische Theologie“ (ZIT). Doch während an katholischen und evangelischen Fakultäten die Kirchen über die Inhalte, Auswahl der Professoren und Prüfungsordnungen befinden, fehlt auf islamischer Seite eine entsprechende Instanz. Denn die muslimischen Organisationen sind bisher nicht als Religionsgemeinschaft anerkannt. Im Münster soll deshalb ersatzweise ein von der Uni zu berufender Beirat diese Funktion ausüben. Doch bei der Besetzung des aus acht Personen bestehenden Gremiums hakt es gewaltig.

Der ZIT-Leiter, der Islamwissenschaftler Mouhanad Khorchide, wandte sich Anfang Oktober im Interview der Wochenzeitung „Die Zeit“ dagegen, dass die Lehrerlaubnis für die Professoren an Hochschulen wie auch für die muslimischen Religionslehrer an Schulen von gesetzlich vorgeschriebenen Kommissionen abhängt. „Eine amtliche Beurteilung, ob jemand religiös genug ist, gibt es nicht im Islam“, so Khorchide. Zudem seien die Beiräte „überfordert“, über Lehrinhalte zu entscheiden, weil sie die theologischen Kompetenzen dafür nicht besäßen. Stattdessen schlägt Khorchide in einem muslimischen Online-Dienst vor, dass die islamischen Lehrkräfte dem Beirat eine „Selbstverpflichtung“ vorlegen, in der sie ihre Glaubensstreue bekunden.

Diese Äußerungen veranlassten nun den Publizisten Eren Güvercin, seine Berufung in den noch gar nicht konstituierten Beirat abzulehnen. Güvercin, Autor des viel beachteten Buches „Neo-Moslems: Porträt einer deutschen Generation“, zieht aus Khorchides Vorbehalten gegen den Beirat

den Schluss: „Wenn die Uni-Theologie uns nicht braucht, dann brauche ich meine Zeit dafür auch nicht zu opfern.“ Rechtsprofessor Janbernd Oebbecke, Vater des Beiratsmodells in Münster, bedauert diesen Schritt: „Die theologische Kritik von Khorchide ist rechtlich ganz unerheblich. Die Entscheidung berufener Stellen der religiösen Gemeinschaft über Religionslehrer und Hochschullehrer ist eine verfassungsrechtliche Vorgabe, an der nicht zu rütteln ist.“

Bei der christlichen Theologie sind die Bischöfe und andere kirchenleitende Beamte für die Festlegung der Inhalte und des Lehrpersonals zuständig. Entsprechend müssen sich diese Kirchenvertreter schon bei ihrem Amtsantritt zum Grundgesetz bekennen. Im Fall der Islam-Beiräte überprüft indes der Staatsschutz im Auftrag der Bundesregierung die potenziellen Mitglieder auf ihre Verfassungstreue. Und prompt fielen wiederholt Kandidaten durch, die vom Koordinationsrat der Muslime in Deutschland (KRM), dem Dachverband der vier islamischen Verbände, vorgeschlagen wurden. Deshalb war schon vor Güvercins Rücktritt eine weitere Stelle unbesetzt. Wegen dieser Vakanzen ist der Beirat seit nunmehr fast zwei Jahren noch kein einziges Mal zusammengetreten. Der KRM will sich dazu derzeit nicht näher äußern.

Obwohl sich der Beirat noch nicht konstituiert hat, läuft der Lehrbetrieb in Münster bereits – mit Millionen-Zuschüssen des Bundes. Diese Zuschüsse würden aber gestoppt, so ein Sprecher des Bundesbildungsministeriums, wenn mutmaßlich extremistische Personen im Beirat mitarbeiten würden. Er bekundete die Hoffnung, dass sich bis Ende 2013 ein akzeptabler Beirat konstituiert hat.

Die Bundesregierung fördert insgesamt vier universitäre Islam-Zentren: außer in Münster (mit der

Uni Osnabrück als selbstständigem Kooperationspartner) noch in Erlangen, Tübingen und in Frankfurt/Gießen (im Aufbau). Ihre Beiräte sind ganz unterschiedlich organisiert. In Münster kommt den islamischen Verbänden die stärkste Rolle zu; ohne ihre Zustimmung kann niemand Mitglied im Beirat werden. In Osnabrück entsenden Moscheeverbände drei Mitglieder, drei weitere benennt die Uni. Ähnlich ist es in Tübingen. Dagegen besteht der

Beirat in Erlangen aus verbandsunabhängigen Persönlichkeiten, die die Uni selber auswählt. Das Nebeneinander alternativer Beirats-Konstruktionen beweist vor allem dies: Die religionsverfassungsrechtlich „beste“ Lösung für das Zusammenspiel zwischen islamischer Theologie und staatlicher Hochschule ist noch nicht gefunden – vor allem dann nicht, wenn der Berufungs-Modus wie in Münster zur Blockade führt. ●

Europäische Rabbiner treffen sich in Berlin

Berlin Mehr als 200 orthodoxe Rabbiner aus 33 Ländern kommen zum 75. Jahrestag der Novemberpogrome von 1938 nach Berlin. Wie der Moskauer Rabbiner Pinchas Goldschmidt der Deutschen Welle sagte, will die Konferenz Europäische Rabbiner (CER) ihre Mitgliederversammlung erstmals in der deutschen Hauptstadt abhalten. Dies sei „ein Vertrauensbeweis in eine jüdische Zukunft in Deutschland“, so Goldschmidt, der der CER vorsteht. Das Treffen findet vom 8. bis zum 12. November statt. Im Mittelpunkt steht ein Gedenken an die Pogrome von 1938, das in der Brunnenstraße in Berlin-Mitte stattfinden soll. Dort befindet sich seit 2009 wieder das orthodoxe Rabbinerseminar zu Berlin, das 1873 gegründet und kurz nach dem 10. November 1938 schließen musste.

Zu der Mitgliederversammlung unter dem Titel „Die Familie – der Rabbiner – die Gemeinschaft“ werden weitere Rabbiner aus aller Welt erwartet, darunter die beiden führenden Repräsentanten in Israel, der sephardische Oberrabbiner Yitzchak Yosef und sein aschkenasischer Kollege David Lau. Der in der Bundesregierung für den Kontakt zu den Religionsgemeinschaften zuständige Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) wird ein Grußwort sprechen.

Goldschmidt forderte die Staaten Europas entschieden zu religiöser Toleranz auf: „Ein neuer militanter Säkularismus, verbunden mit Antisemitismus und Islamfeindlichkeit bedeutet eine Gefahr für ein künftiges vereintes Europa.“ Die Religionsfreiheit dürfe nicht eingeschränkt werden. Zu den Themen bei der Mitgliederversammlung zählt die

drohende Beschränkung religiöser Grundrechte in der Gegenwart. Der gebürtige Züricher Pinchas Goldschmidt, der seit mehr als 20 Jahren in Russland tätig ist und als Oberrabbiner von Moskau das Judentum in Russland vertritt, hatte im Sommer 2012 im Zuge der Debatte um die religiös motivierte Beschneidung mit 30 weiteren orthodoxen Rabbinern Deutschland besucht. Damals warnten sie vor einer Einschränkung religiöser Freiheiten in Deutschland. Insgesamt gehören der CER mehr als 400 Rabbiner an. ●

Papst bekommt jüdische Kippa

Vatikanstadt Papst Franziskus hat jetzt auch ein traditionelles jüdisches Scheitelkäppchen. Bei der Generalaudienz am 23. Oktober auf dem Petersplatz schenkte der argentinische Rabbiner Mario Rojzman dem Kirchenoberhaupt eine weiße Kippa mit seinem Namenszug in Spanisch und Hebräisch. „Der Papst hat gesagt, dass in jedem Christen die jüdischen Wurzeln sind – und ich füge hinzu: In jedem religiösen Menschen ist Franziskus“, sagte Rojzman der Vatikanzeitung „Osservatore Romano“. „Ich wollte, dass auf der Kippa die Tafeln mit den Zehn Geboten und zwei Löwen eingestickt sind, mit dem biblischen Wunsch, dass sie ihm noch mehr Kraft für seine Mission geben mögen“, so der Rabbiner weiter. Rojzman, seit elf Jahren Rabbiner in Miami und zuvor ebenso lange in Buenos Aires, kennt den heutigen Papst aus seiner Zeit als Erzbischof der argentinischen Hauptstadt. ●

Kardinal Karl Lehmann (77), Bischof von Mainz und früherer Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, und **Wolfgang Huber** (71), ehemaliger Bischof der evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und Ratsvorsitzender der EKD, haben den mit 10.000 Euro dotierten Reuchlinpreis 2013 der Stadt Pforzheim erhalten. Damit würden die „zwei derzeit wohl prominentesten deutschsprachigen Kirchenvertreter ausgezeichnet, die in besonderer Weise für kirchliche Reformen und Dialog zwischen Kirche und Gesellschaft stehen“, so die Jury. Benannt ist die Auszeichnung nach dem in Pforzheim geborenen Humanisten Johannes Reuchlin (1455-1522).

Sie wird seit 1955 alle zwei Jahre für hervorragende geisteswissenschaftliche Leistungen vergeben. Nach einer inhaltlichen Neuausrichtung soll künftig vor allem das Eintreten für Toleranz geehrt werden.

Somdet Phra Nyanasamvara, seit 1989 Oberster Patriarch des thailändischen Buddhismus, ist am 24. Oktober im Alter von 100 Jahren gestorben. Thailands König Bhumipol Adulyadej ordnete eine 30-tägige Staatstrauer an. Der Leichnam des Mönchs werde während der offiziellen Trauerzeit im Tempel Bovoranives in Bangkok aufgebahrt, in dem Nyanasamvara erst sein Noviziat verbrachte und dann als Abt lebte und lehrte. ●

Leser werben Leser:

Machen Sie mit!

Schnupperabonnement 6 Ausgaben zum Preis von 4:

Ja! Ich bestelle die „Ökumenische Information“ zum Sonderpreis von mtl. 31,91 Euro* (statt 47,87 Euro*). Kündige ich das Abo nicht spätestens nach Erhalt des vierten Heftes, verlängert es sich zu den regulären Konditionen (mtl. 31,91 Euro*).

Jahresabonnement zum Vorzugspreis:

Ja! Ich abonniere die „Ökumenische Information“ (48 Ausgaben) zunächst für 12 Monate zum Sonderpreis von mtl. 24,90 Euro* (statt 31,91 Euro*). Das Abonnement verlängert sich automatisch nach Ablauf des Jahres zu den regulären Abo-Preisen (vgl. Jahresabo).

als gedrucktes Heft

in elektronischer Form als pdf.-Datei
(Sie sparen noch mal 13,20 Euro im Jahr!)
Bitte notieren Sie unten Ihre E-Mail-Adresse

Institution _____

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Unterschrift des Abonnenten _____

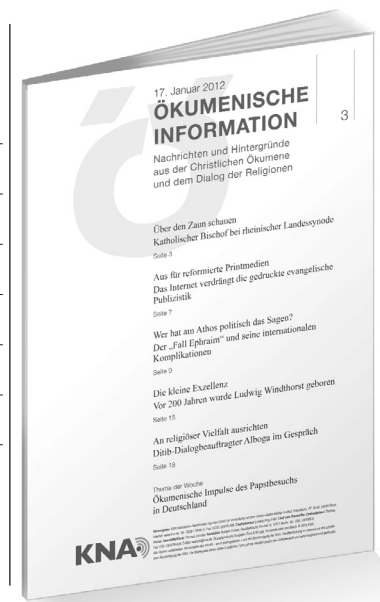
* Alle Preise inkl. Porto und MwSt. (im Inland).
Die Kündigungsfrist beträgt 3 Monate zum Abonnement-Ablauf.

Rechtliche Garantie:

Diese Bestellung kann ich innerhalb von zwei Wochen nach Absendung widerrufen bei: Katholische Nachrichten-Agentur GmbH, Heinrich-Brüning-Str. 9, 53113 Bonn.

Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung.

Der aktuelle Wochendienst informiert: Zur Ökumene und den Dialog der Religionen



Ihre Prämie!

Ihre Empfehlung ist uns etwas wert.

Für jeden durch Sie gewonnenen Leser erhalten Sie einen Geschenk-Gutschein im Wert von 50,- Euro von **Vivat!** Christliche Bücher & Geschenke.

Ich habe den neuen Abonnenten geworben.

Bitte schicken Sie mir die Prämie, sobald der nebenstehende Leser die Jahresrechnung bezahlt hat.

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Datum, Unterschrift des Vermittlers _____

Bitte gut lesbar ausfüllen und absenden an:

KNA Leserservice, Ökumenische Information
Heinrich-Brüning-Str. 9, 53113 Bonn
Fax: 0228 26000-185, Tel.: 0228 26000-252
www.kna.de

Keine neuen Quellenbefunde

Der „Thesenanschlag“ – viel Lärm um nichts?[*]

Von Volker Leppin

Blickt man in jüngere Veröffentlichungen zu Luther und zur Reformationsgeschichte, so könnte man meinen, es habe sich im Blick auf den Thesenanschlag seit Erwin Iserlohs fulminantem Plädoyer Wesentliches geändert: „Nach Lage der Dinge besitzt es die relativ größte Wahrscheinlichkeit, dass Luther zum 31.10.1517 ... einen Plakatdruck seiner 95 Thesen ... durch Anschlag an der Allerheiligenkirche, vielleicht auch an anderen Kirchentüren Wittenbergs, veröffentlichen ließ“, heißt es in der wichtigsten jüngeren Gesamtdarstellung der deutschen Reformation aus der Feder Thomas Kaufmanns.[1] Und Heinz Schilling nennt in seiner Lutherbiografie als Grund für eine solche Annahme gar „jüngere Quellenfunde“, die einen Thesenanschlag „wahrscheinlich machen“.[2] Nun ist das mit den neuen Quellenfunden aber so eine Sache – und mit der Wahrscheinlichkeit wohl auch: Was die Diskussion noch einmal neu anstieß und ungewöhnlich heftig machte[3], war der Umstand, dass Martin Treu in der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena Einsicht in einen Druck von Luthers Übersetzung des Neuen Testaments nahm, welchen der Reformator selbst und sein Umfeld, insbesondere sein „Amanuensis“ Georg Rörer, für Notizen im fortlaufenden Prozess der Bibelrevision gebraucht hatten.[4]

Hier fand sich am Ende einer Liste von Perikopen für das Kirchenjahr folgender Eintrag aus der Feder Georg Rörers: *Anno do[m]ini 1517 in profesto o[mn]i[u]m Sanctoru[m], p<...> | Wite[m]berge in valuis temploru[m] propositae sunt <...> | de*

[*] *Schlusskapitel aus dem Band: Uwe Wolff, Iserloh – Der Thesenanschlag fand nicht statt, Studia Oecumenica Friburgensia 61, Fribourg/Schweiz 2013, mit freundlicher Genehmigung der Herausgeberin Barbara Hallensleben. (Siehe auch Seite 13 in dieser Ausgabe.)*

Indulgentiis, a D[octore] Mart[ino] Luth[ero].[5] (Im Jahr 1517 am Vorabend von Allerheiligen [...] sind in Wittenberg an den Türen der Kirchen [die Thesen] über den Ablass von Doktor Martin Luther vorgestellt worden.)

Nun war diese Entdeckung durchaus nicht neu: Schon 1972 war die kleine Notiz in der Weimarer Ausgabe, freilich an versteckter Stelle, veröffentlicht worden.[6] Brachte sie eine Veränderung des Diskussionsstandes gegenüber den sechziger Jahren, also gegenüber der These von Erwin Iserloh, der Thesenanschlag habe nicht stattgefunden? Auch dies allenfalls begrenzt: Man kann zunächst einmal nicht ausschließen, dass Rörers Eintrag noch zu Lebzeiten Luthers erfolgte. Damit hätte man ein früheres Zeugnis als das von Iserloh angeführte Melanchthon-Zitat aus dem Jahre 1546.[7] Rörer aber war so wenig wie Melanchthon am 31. Oktober 1517 in Wittenberg[8] – Iserlohs Befund, dass der Bericht eines Augenzeugen fehlt, bleibt also unverändert. Ja, Rörer selbst hat seinen Angaben offenbar nicht recht getraut: Als er einige Jahre später wieder auf den Thesenanschlag zu sprechen kam, folgte er nicht etwa dem eigenen früheren Wortlaut, sondern offenkundig dem von Melanchthon:

„Anno a Natali Christi 1517 pridie festi omnium Sanctorum propositiones de indulgentiis venalibus edidit M.L. Theologiae D. affixas foribus templi, quod arci Wittembergensi contiguum est“.[9] („Im Jahre 1517 nach Christi Geburt hat M.L., Doktor der Theologie, am Vortag des Festes Allerheiligen Thesen über den käuflichen Ablass herausgegeben, befestigt an den Türen des Tempels, der mit dem Wittenberger Schloss verbunden ist“).

Die anekdotische Verdichtung, die mittlerweile in Wittenberg erfolgt war, zeigt sich dabei an einem

kleinen Detail: Rörer nennt nur noch die Schlosskirchentür als Ort des Geschehens. In der Notiz im Neuen Testaments hatte er noch von mehreren Kirchentüren gesprochen, an die die Ablassthesen angeschlagen worden seien. Wenn ein Thesenanschlag stattgefunden haben sollte, so hätte er tatsächlich statutengemäß[10] außer an der Schlosskirche mindestens noch an der Stadtkirche erfolgen müssen. Der wichtigste Beitrag der Rörernotiz zum wissenschaftlichen Gespräch mag mithin darin bestehen, dass die gegen Iserloh ins Feld geführte Rede von der Schlosskirchentür als dem Schwarzen Brett der Universität[11] sich die Dinge zu einfach macht: Wenn man das anachronistische Bild verwenden will, so gab es mehrere Schwarze Bretter. Für die Festkultur ausgedrückt: Wenn es einen Thesenanschlag gab, so muss es gleich auch mehrere gegeben haben. Auch dies ist aber eben keine neue Erkenntnis, sondern die Erinnerung an einen Umstand, der Quellenkundigen längst bekannt war. Rörer selbst erscheint als ein Zeuge, der spätestens ab den vierziger Jahren überzeugt war, dass ein Thesenanschlag stattgefunden habe, dessen Kenntnisse aber so unsicher waren, dass er sich im Zweifelsfall an den Aussagen Melancthons orientierte.

Wenn sich also die Rörernotiz trotz des von ihr ausgelösten lauten Rauschens im Blätterwald weder als sensationell noch auch nur als neu herausgestellt hat, so war doch die Diskussion, die sie angestoßen hat, außerordentlich produktiv. Eine Signalwirkung für die weitere Debatte dürfte gehabt haben, dass der Nestor der Reformationgeschichte, Bernd Moeller, der einst mit guten Gründen erklärt hatte, dass die „Vorstellung, Luther habe die 95 Thesen am 31. Oktober 1517 an der Schlosskirche zu Wittenberg angeschlagen, ... auf einem Irrtum zu beruhen“ schein[e][12], nun zu der Auffassung gelangte, dass Luther an eben diesem Tag sehr wohl „seine Ablassthesen ... in Wittenberg durch Anschlag veröffentlicht hat“[13] – freilich mit weniger guten Gründen. Im Wesentlichen sind es drei: ein allgemeiner und zwei spezielle. Der allgemeine besteht in dem Hinweis auf den bekannten Umstand, dass für Disputationen in Wittenberg in der Regel Thesenplakate gedruckt wurden.[14]

Hieraus leitet Moeller ab, dass es einen solchen auch am 31. Oktober 1517 in Wittenberg gegeben haben müsse, auch wenn er nicht nachweisbar ist.

Für eine solche Vermutung müsste man freilich starke Gründe haben. Moeller meint solche hauptsächlich in seinem ersten speziellen Argument zu finden, nämlich der Annahme, dass „das Abschreiben zu einer eher mühsamen Arbeit“ geworden wäre.[15] Thomas Kaufmann hat diese dezente Aussage sogar noch verstärkt: „Es ist kaum vorstellbar, dass er [Luther; V.L.] sie im Falle mehrmaliger Übersendung jedes Mal abgeschrieben haben sollte“.[16] Für Menschen des 21. Jahrhunderts mag es tatsächlich eine erschreckende Vorstellung sein, 95 Sätze handschriftlich wiederzugeben. Für einen Mönch und Theologieprofessor des 16. Jahrhunderts aber ist dies weder zu mühsam noch unvorstellbar: Dass Luther den ungleich längeren Text der *Resolutiones* dem Brandenburger Bischof Hieronymus Schultz in einer selbst verfertigten Handschrift (*mea manu scriptas*) zugesandt hat, ist durch ihn selbst belegt.[17] Zur Verdeutlichung sei darauf hingewiesen, dass die Ablassthesen selbst in der Weimarer Ausgabe fünfeinhalb Seiten umfassen[18], die *Resolutiones* hingegen einhundertundvier[19], also, die zahlreicheren Spatien im Thesendruck nicht gerechnet, rund das Neunzehnfache der Thesen selbst. Solche kleinen Indizien verweisen jenseits aller Vermutungen darauf, dass Luther tatsächlich eine weit größere Abschreibelast für tragbar hielt, als dies seinen modernen Interpreten vorstellbar scheint. Dies gilt umso mehr, als auch nach dem 31. Oktober die weitere handschriftliche Überlieferung der Thesen belegt ist: Christoph Scheurl berichtet, dass die Ablassthesen „vhillaltig vmbgeschriben vnd in teutsche landt für newe Zeitung hin vnd wider geschickt“.[20] Dieser Vorgang wäre schwer erklärlich, wenn Moellers Vermutung zu Recht bestünde, dass am 31. Oktober ein Thesendruck in Wittenberg vorgelegen hätte.

Kaum gewichtiger als dieses erste spezielle Argument ist das zweite von Moeller angeführte: dass nämlich Plakatdrucke (wie der von ihm postulierte) für den Anschlag bestimmt waren, da sie

sonst „kaum lesbar waren“.[21] Wiederum zeigen die Quellen, dass hier mit Vermutungen gearbeitet wird, die den Verhältnissen kaum entsprechen: Moeller selbst muss zugestehen, dass ausgerechnet bei den frühen Drucken der Ablassthesen die Plakatform gewählt wurde, obwohl sie aller Wahrscheinlichkeit nach gerade nicht für den Anschlag bestimmt waren.[22] Vor allem aber belegt Luthers Schreiben an Johannes Lang vom 11. November 1517, dass er diesem seine Ablassthesen, doch wohl zum Lesen und nicht zum Anschlag, zugesandt hat.[23] Die *intitulatio* der Ablassthesen, in welcher Luther auch die Anwesenden einlud, sich mit Briefen an der Disputation zu beteiligen[24], lässt vermuten, dass dies noch für weitere Gelehrte galt. Hätte also jener von Moeller postulierte Thesendruck jemals existiert, dann hätten Luther und seine Zeitgenossen ihn offenkundig für lesbarer gehalten, als Moeller dies tut – was im Ergebnis die Hypothese, dass ein (seinerseits hypothetisch erschlossener) Plakatdruck das Faktum eines Thesenanschlags begründen könne, als gewitzt und gewagt, aber sachlich weitgehend unbegründet erscheinen lässt.

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass die neuere, 2007 aufbrandende Diskussion um den Thesenanschlag keine neuen Quellenfunde zu Tage gefördert, sondern lediglich bekannte neu ins Licht der Aufmerksamkeit gerückt hat. Die vermeintlich gestiegene Wahrscheinlichkeit beruht auf einer ungesicherten Hypothese, die für den 31. Oktober 1517 einen durch keinen einzigen äußeren Beleg gestützten Plakatdruck der Ablassthesen postuliert. Eine substantielle Veränderung an dem durch Erwin Iserloh erreichten Stand der Debatte wird man darin kaum erkennen können. So seien die beiden wichtigsten Gründe noch einmal genannt, die es nahelegen, sich von der Vorstellung, Martin Luther habe am 31. Oktober 1517 seine Thesen gegen den Ablass an die Tür(en) der Schlosskirche (und anderer Kirchen) angeschlagen, zu verabschieden:

1. Die Zeugnisse von einem solchen Thesenanschlag bleiben spät und sekundär und stammen von Personen, die nicht selbst Zeugen der Geschehnis-

se gewesen sein können, oder sie sind so formuliert, dass sie von solchen Zeugnissen aus zweiter Hand abhängig sind.

2. Luthers eigenen Aussagen beschreiben eindeutig einen anderen Ablauf: Im Mai 1518 legte er gegenüber Leo X. und der Öffentlichkeit dar:

„Ego sane, ut fateor, pro zelo Christi, sicuti mihi videbar aut si ita placet pro iuvenili calore urebar, nec tamen meum esse videbam, in iis quicquam statuere aut facere: proinde monui privatim aliquot Magnates Ecclesiarum. ... Tandem, cum nihil possem aliud, visum est saltem leniuscule illis reluctari, id est eorum dogmata in dubium et disputationem vocare. Itaque schedulam disputatoriam edidi, invitans tantum doctiores, siqui vellent mecum disceptare“.[25]

(„Ich freilich entbrannte, so gestehe ich, um des Eifers für Christus willen, wie mir schien, oder, wenn man so will, aufgrund jugendlicher Hitze. Freilich meinte ich, es sei nicht meine Aufgabe, in diesen Dingen etwas festzustellen oder zu tun. Daher habe ich privat einige Kirchenfürsten ermahnt. ... Endlich, als ich nichts anderes vermochte, schien es angemessen, mich jenen [Vertretern des Ablasses] wenigstens ganz sanft zu widersetzen, das heißt, ihre Lehren in Zweifel und zur Disputation zu ziehen. Daher habe ich ein Disputationszettelchen herausgegeben, in dem ich nur Gelehrte einlud, ob sie vielleicht mit mir debattieren wollten.“)

Und gegenüber seinem Landesherrn erklärte er: *„Hos enim, sicut intererat eorum ista monstra prohibere, ita privatis literis, antequam disputationem ederem, humiliter et reverenter monui“.*[26] („Diese [Bischöfe] habe ich, demgemäß, dass es in ihrem Interesse lag, diese Ungeheuerlichkeiten zu unterbinden, in privaten Schreiben, ehe ich eine Disputation herausgab, demütig und ehrerbietig ermahnt.“)

Will man also Luther Glauben schenken, so wird man für den 31. Oktober 1517 weiterhin kaum etwas anderes feststellen können als: Ein Thesenanschlag fand nicht statt. ●

Anmerkungen

[1] Thomas Kaufmann, *Geschichte der Reformation*, Frankfurt – Leipzig ²2010, 182.

[2] Heinz Schilling, *Martin Luther. Rebell in einer Zeit des Umbruchs*, München 2012, 164.

[3] Charakteristisch hierfür der Leserbrief von Johannes Wallmann in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 1. März 2007 oder auch die Blogger-Beiträge, die Vinzenz Pfnür zitiert, in: *Die Bestreitung des Thesenanschlags durch Erwin Iserloh. Theologiegeschichtlicher Kontext – Auswirkung auf den katholischlutherischen Dialog*, in: *Luthers Thesenanschlag – Faktum oder Fiktion*, hg. von Joachim Ott und Martin Treu, Leipzig 2008 (*Schriften der Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt* 9), 111-126; hier: 112.

[4] Siehe Martin Treu, *Der Thesenanschlag fand wirklich statt. Ein neuer Beleg aus der Universitätsbibliothek Jena*, in: *Luther* 78 (2008) 140-144; vgl. meine Replik: *Geburtswehen und Geburt einer Legende. Zu Rörers Notiz vom Thesenanschlag*, ebd. 145-150.

[5] *Das Neue Testament Deutsch, Wittenberg: Hans Lufft, 1540* (ThULB Jena, Ms. App. 25; http://archive.thulb.uni-jena.de/hisbest/receive/His-Best_cbu_00010595 [f. 413r] (Zugriff am 11.7.2013).

[6] WA 48.

[7] CR 6, 161-162: „Lutherus, studio pietatis ardens, edidit Propositiones de Indulgentiis, quae in primo Tomo monumentorum ipsius extant, Et has publice Templo, quod arci Witebergensi contiguum est, affixit pridie festi omnium Sanctorum anno 1517“ („Luther, vom Eifer der Frömmigkeit brennend, gab die Thesen über den Ablass heraus, die im ersten Band seiner Werke vorliegen. Und diese hat er öffentlich an der Kirche, die an das Wittenberger Schloss grenzt, am Tag vor dem Allerheiligenfest im Jahre 1517 befestigt“).

[8] Siehe Stefan Michel, *Sammler – Chronist – Korrektor – Editor. Zur Bedeutung des Sammlers Georg Rörer (1492-1557) und seiner Sammlung für die Wittenberger Reformation*, in: ders./Christian Speer (Hg.), *Georg Rörer (1492-1557). Der Chronist der Wittenberger Reformation*, Leipzig 2012 (*Leucorea-Studien zur Geschichte der Reformation und der Lutherischen Orthodoxie* 15), 9-58, hier: 14.

[9] WA.DB 11/2, CXXI. Die Abhängigkeit von Melanchthon gilt auch für den von Timothy Wengert, *Georg Major: An „Eyewitness“ to the Posting of Martin Luther's Ninety-Five Theses*, in: Ott/Treu, *Luthers Thesenanschlag*, 93-97, angeführten Bericht Georg Majors, der immerhin als Augenzeuge in Frage käme; vgl. zur kritischen Analyse Volker Leppin, *Die Monumentalisierung Luthers. Warum vom Thesenanschlag erzählt wurde – und was davon zu erzählen ist*, ebd. 69-92, hier: 80f.

[10] *Urkundenbuch der Universität Wittenberg. Teil 1 (1502-1611)*, bearbeitet von Walter Friedensburg, Magdeburg 1926 (*Geschichtsquellen der Provinz Sachsen und des Freistaates Anhalt. N.R.* 3), 33: Die Satzung der Theologischen Fakultät vom 15.11.1508 erklärt über die Pflichten des

Dekans: „promociones similiter et disputaciones intimet valvis ecclesiarum feria praecedenti, specivocando promotoris, promovendi, predisentis et respondentis“.

[11] Siehe Gerhard Brendler, *Martin Luther. Theologie und Revolution*, Berlin 1983, 107; Johannes Wallmann, *Kirchengeschichte Deutschlands seit der Reformation*, Tübingen ⁵2000, 20.

[12] Bernd Moeller, *Deutschland im Zeitalter der Reformation*, Göttingen ³1988 (*Deutsche Geschichte* 4), 55.

[13] Bernd Moeller, *Thesenanschläge*, in: Ott/Treu, *Luthers Thesenanschlag*, 9-31, hier: 31.

[14] Moeller, *Thesenanschläge*, 18-24.

[15] Moeller, *Thesenanschläge*, 25.

[16] Thomas Kaufmann, *Der Anfang der Reformation. Studien zur Kontextualität der Theologie, Publizistik und Inszenierung Luthers und der reformatorischen Bewegung (Spätmittelalter, Humanismus, Reformation 67)*, Tübingen 2012, 177.

[17] WA.

[18] WA 1, 232-238.

[19] WA 1, 525-628.

[20] Christoph Scheurl's *Geschichtsbuch der Christenheit von 1511 bis 1521*, in: *Jahrbücher des deutschen Reichs und der deutschen Kirche im Zeitalter der Reformation 1 (1872)* 1-179, hier: 112. Dieses Zitat dürfte kaum anders denn im Sinne einer handschriftlichen Verbreitung zu verstehen sein: Hans Volz, *Martin Luthers Thesenanschlag und dessen Vorgeschichte*, Weimar 1959, 127 Anm. 205.

[21] Moeller, *Thesenanschläge*, 28.

[22] Moeller, *Thesenanschläge*, 29: „Im Fall der 95 Thesen kann man sich allenfalls bei den dissimulierenden, ganz schematisch verfahrenen auswärtigen Nachdruckern eine solche Unstimmigkeit denken.“

[23] WA.B 1, 121, 4 (Nr. 52).

[24] WA 1, 233, 7.

[25] WA 1, 528, 18-26.

[26] WA.B 1, 245, 361-363. Diese Notiz entkräftet auch den ausführlichen Versuch von Helmar Junghans, *Martin Luther, kirchliche Magnaten und Thesenanschlag. Zur Vorgeschichte von Luthers Widmungsbrief zu den „Resolutiones disputationum de indulgentiarum virtute“ an Papst Leo X.*, in: Ott/Treu, *Luthers Thesenanschlag*, 33-46, anhand des Begleitschreibens zu den *Resolutiones* nachzuweisen, dass Luthers Hinweis auf vorherige Kontakte mit „Magnates Ecclesiarum“ keine Bischöfe meinen müsse (38-40) und auch das dort gebrauchte „privatim“ nicht zwingend einen brieflichen Kontakt bedeute (34): Aus WA.B 1, 245, 359-362, geht eindeutig hervor, dass Luther sich mit Briefen an die zuständigen Bischöfe gewandt haben will.